

**Radikalenerlass: Im Südwesten  
dauert Aufarbeitung bis 2021**

## **SPD fordert mehr Tempo**

**STUTTGART.** Dreieinhalb Jahre nach der Ankündigung hat die wissenschaftliche Aufarbeitung der Folgen des „Radikalenerlasses“ begonnen. Das Forschungsprojekt der Universität Heidelberg über die Berufsverbote in Baden-Württemberg ist auf drei Jahre angelegt. Dem Mannheimer SPD-Landtagsabgeordneten Boris Weirauch dauert das zu lange: „Das ist bitter, da den betroffenen Bürgern die Zeit davonläuft.“ Für Weirauch wäre es fast 50 Jahre nach Einführung des Erlasses eine „gute, menschliche Geste, wenn sich die grün-schwarze Regierung schon vor dem Ende des Forschungsprojekts für die negativen Auswirkungen bei den Betroffenen entschuldigt“.

Eigentlich hatten viele Betroffene auf Winfried Kretschmann gesetzt, als der Grünen-Politiker 2011 Ministerpräsident wurde. Der musste Mitte der 1970er Jahre als Mitglied des Kommunistischen Bund Westdeutschlands selbst fürchten, dass ihm wegen seines politischen Engagements der Wunschberuf Lehrer verschlossen blieb. Kretschmann kündigte 2012 erstmals eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Berufsverbote an. Doch es dauerte drei Jahre, bis 2015 ein von den damaligen Regierungsfractionen Grüne und SPD angestoßener „Runder Tisch“ seine Empfehlungen vorlegte. Damals sagten die Abgeordneten eine wissenschaftliche Aufarbeitung zu.

### **Land zahlt für Forschung**

Das Land überweist der Uni Heidelberg 248 000 Euro für das Forschungsprojekt. Das Geld fließt aus dem Etat des Wissenschaftsministeriums, das die Heidelberger Grünen-Politikerin Theresia Bauer leitet. Staatsministerin Theresia Schopper (Grüne) begrüßt in ihrer Stellungnahme zu dem von Weirauch eingebrachten Parlamentsantrag das Forschungsvorhaben und sieht darin „einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung“. Im Mittelpunkt stünden die Folgen für betroffene Personen in Baden-Württemberg von 1968 bis heute.

Andere Bundesländer sind bei der Aufarbeitung schneller vorangekommen. Niedersachsen zum Beispiel hat nach Schoppers Darstellung Anfang 2017 eine Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale vom Radikalenerlass betroffener Personen eingesetzt. Bereits im Januar 2018 wurde der Abschlussbericht vorgelegt. Für Weirauch ein positives Beispiel. Für Baden-Württemberg gelte dagegen: „Wir kommen bei dem Thema nicht wirklich voran.“

*pre*